

Schulordnung

Berufsfachschule für Altenpflege

1. Geltungsbereich

In der Schulordnung werden sowohl allgemeine als auch spezielle Fragen zum Schulbetrieb geregelt. Diese Schulordnung gilt für alle Berufsfachschulen für Altenpflege der WBS TRAINING SCHULEN gemeinnützige GmbH. Grundlagen dieser Schulordnung sind die entsprechenden bundes- und landesrechtlichen Vorgaben.

Die im Folgenden gewählte männliche Darstellungsform dient lediglich der Vereinfachung und der besseren Lesbarkeit; männliche und weibliche Personen sind selbstverständlich gleichermaßen gemeint. Wir bitten um Ihr Verständnis.

1.2 Organisationsstruktur

Die Umsetzung des Bildungsauftrages erfolgt im partnerschaftlichen Einvernehmen zwischen Schülern, Eltern, Lehrern und der Schulleitung.

1.2.1 Verantwortlichkeiten

- Schulleiter
- stellvertretender Schulleiter
- Fachbereichsleiter
- Klassenleiter
- Lehrer
- Organisationsassistent/Schulsekretär
- Ausbildungsbetriebe

1.2.2 Schülervertretung

Die Schüler haben Pflichten und Rechte bei der Mitgestaltung der Ausbildung. Jede Klasse wählt einen Klassensprecher und stellvertretenden Klassensprecher.

Weitere Formen der Mitwirkung werden den Schülern zu Beginn des Schuljahres bekannt gegeben.

1.2.3 Elternvertretung

Bei gegebener Altersstruktur der Schüler werden Elternvertreter gewählt.

2. Aufnahmeverfahren

2.1 Zugangsvoraussetzung

Voraussetzung für den Zugang zur Ausbildung ist, die Eignung des Bewerbers in gesundheitlicher Hinsicht sowie

1. der Realschulabschluss oder ein anderer als gleichwertig anerkannter Bildungsabschluss oder eine andere abgeschlossene zehnjährige Schulbildung, die den Hauptschulabschluss erweitert, oder

2. der Hauptschulabschluss oder ein als gleichwertig anerkannter Bildungsabschluss, sofern eine erfolgreich abgeschlossene, mindestens zweijährige Berufsausbildung oder die Erlaubnis als Krankenpflegehelfer

oder eine landesrechtlich geregelte, erfolgreich abgeschlossene Ausbildung von mindestens einjähriger

Dauer in der Altenpflegehilfe oder Krankenpflegehilfe nachgewiesen wird, oder

3. eine andere abgeschlossene zehnjährige allgemeine Schulbildung.

Eine Verkürzung der Ausbildung ist gemäß §7 Altenpflegegesetz möglich.

2.2 Anmeldung

Dem Antrag auf Anmeldung sind vom Bewerber beizufügen:

- a) ein Lebenslauf mit Foto und Unterschrift
- b) beglaubigte Kopie über den Schulabschluss und ggf. Berufsabschluss
- c) Nachweis der gesundheitlichen Eignung
- d) polizeiliches Führungszeugnis

2.3 Qualitative Bewerberauswahl

Das Auswahlverfahren ist transparent zu gestalten. Das Verfahren ist mit der Unterzeichnung der notwendigen Verträge abgeschlossen. Schriftliche Mitteilungen werden an die im Schulvertrag genannte Adresse des Schülers gesandt. Eine Änderung dieser hat der Schüler unverzüglich anzuzeigen.

3. Durchführung der Ausbildung

3.1 Probezeit

Das Ausbildungsverhältnis beginnt mit der Probezeit. Sie beträgt sechs Monate.

3.2 An- und Abwesenheit

Die Schüler sind verpflichtet, regelmäßig an der schulischen und praktischen Ausbildung teilzunehmen.

Die Fehlzeiten sind nach bundes- und landesrechtlichen Bestimmungen zu dokumentieren. Diese Dokumentation ist Grundlage für die Prüfungszulassung.

Die Schüler verhalten sich entsprechend der ausgehändigten Belehrung (FB G10.7). In begründeten, wichtigen Ausnahmefällen kann eine Freistellung beim Klassenlehrer oder bei der Schulleitung beantragt werden. Diese Gründe können sein: Eheschließung des Schülers oder des Kindes; Ehejubiläum des Schülers (auch Eltern oder Schwiegereltern); Geburt (Schüler oder Ehefrau des Schülers); Wohnungswechsel; Teilnahme an religiösen Festen; schwere Erkrankung des Ehegatten oder des Kindes; unumgängliche, nicht verschiebbare Arztbesuche (Nachweis); Ableben des Ehegatten, der Eltern/Schwiegereltern oder eines Kindes; Termine bei Behörden (gegen Nachweis) Wahrnehmung von gerichtlichen oder polizeilichen Terminen Regelung sonstiger wichtiger, nicht verschiebbarer persönlicher Angelegenheiten; Ausübung von öffentlichen Ehrenämtern dokumentierte Bewerbungsgespräche; Einzelfallentscheidungen können auf Antrag genehmigt werden.

Bei unentschuldigtem Fehlen erfolgt keine Prüfungszulassung.

3.3 Ausbildungsablauf

3.3.1 Lehrpläne, Studententafeln

Für die Berufsfachschulen gilt die Studententafel nach bundes- und landesrechtlichen Vorgaben.

Die Schüler erhalten zum Schuljahresbeginn Informationen zu den Lehrinhalten.

3.3.2. Stundenplan

Der Stundenplan wird den Schülern rechtzeitig bekannt gegeben und im öffentlichen Bereich ausgehängt.

3.3.3 Unterrichtszeit

Der theoretische Unterricht findet in der Regel montags bis freitags in der Zeit von 8:00 bis 15:15 Uhr statt. Er darf 40 Stunden in der Woche nicht überschreiten.

3.3.4 Öffnungszeiten der Schule

Die Schule ist montags bis freitags von 7:30 bis 16:00 Uhr geöffnet.

3.4 Leistungsnachweise

Im Verlauf der Ausbildung müssen regelmäßig praktische, schriftliche und mündliche Leistungen erbracht werden. Der Umfang der Leistungsbewertung wird durch den Notenbeschluss geregelt.

Erteilte Noten sind den Schülern grundsätzlich mitzuteilen und zu begründen.

Versäumt ein Schüler einen Leistungsnachweis entschuldigt, hat er die Pflicht, die Art und Weise des zu erbringenden Leistungsnachweises mit dem jeweiligen Fach- bzw. Klassenlehrer zu klären. Kommt der Schüler dieser Pflicht nicht zeitnah nach, so wird diese nicht erbrachte Leistung mit der Note 6 bewertet. Versäumt ein Schüler einen Leistungsnachweis unentschuldigt, so wird die nichterbrachte Leistung mit der Note 6 bewertet.

Zum Ende eines jeden Ausbildungsjahres wird dem Schüler ein Zeugnis bzw. eine Jahresinformation über die Leistungen im Unterricht und in der praktischen Ausbildung erteilt.

3.5 Prüfungsverfahren

Das vorsitzende Mitglied des Prüfungsausschusses entscheidet auf Antrag des Schülers über die Zulassung zur Abschlussprüfung. Die Abschlussprüfung beinhaltet einen mündlichen, schriftlichen und praktischen Teil. Die Vorbereitung und Durchführung der Abschlussprüfung erfolgt nach bundes- und landesrechtlichen Vorgaben.

Der Prüfungsausschuss setzt das Prüfungsergebnis unter Berücksichtigung der Vorzensuren und der Prüfungsleistungen fest.

Die Abschlussprüfung ist bestanden, wenn jeder der drei Prüfungsteile mindestens mit ausreichend bewertet worden ist.

Jeder der drei Teile kann einmal wiederholt werden, wenn er mit der Note mangelhaft oder ungenügend bewertet worden ist.

Die Zulassung zur Wiederholungsprüfung kann eine Verlängerung der Ausbildung notwendig machen.

Unterlässt ein Schüler die Prüfungsteilnahme ohne genehmigten Rücktritt, so gilt der betreffende Teil der Prüfung oder die gesamte Prüfung als nicht bestanden.

Die Rücknahme einer Prüfungsentscheidung wegen Täuschung ist bis drei Jahre nach Abschluss der Prüfung zulässig.

3.5.1 Abschlüsse

Die Schüler erhalten von der Berufsfachschule nach bestandener staatlicher Prüfung ein Prüfungszeugnis. Die zuständige Landesbehörde stellt bei Vorlage der Voraussetzung gemäß Altenpflegegesetz die Erlaubnisurkunde zur Führung der Berufsbezeichnung „Altenpfleger“ aus.

3.6 Erfolgsstatistik

Zur internen und externen Erfolgskontrolle werden Vermittlungsdaten der Schüler anonymisiert ausgewertet. Zur Erhebung wird der Schüler von der WBS kontaktiert.

4. Ordnungsmaßnahmen

Verstöße gegen die Schulordnung können über Ordnungs- und Erziehungsmaßnahmen geahndet werden. Vor einer Ordnungsmaßnahme ist der Schüler anzuhören. Bei groben Verstößen kann der Schulleiter den Schüler der Schule verweisen.

5. Haftung/Versicherungsschutz

Schüler und ggf. deren gesetzliche Vertreter haften für die von ihnen während der Ausbildung vorsätzlich oder grob fahrlässig verursachten Personen- oder Sachschäden in Anwendung des bürgerlichen Rechts.

Bei der Begehung von Straftaten auf dem Gelände des Schulstandortes und bei Schulveranstaltungen außerhalb des Schulgeländes entscheidet der Schulleiter über eine mögliche Strafanzeige. Die Schule übernimmt keine Verantwortung bei Verlust oder Beschädigung von persönlichen Sachen auf dem Gelände des Schulstandortes und bei Schulveranstaltungen außerhalb des Schulgeländes.

Die Schüler sind über die Berufsfachschule und ggf. den Ausbildungsbetrieb unfall- und haftpflichtversichert. Im Schadensfall ist der Schüler verpflichtet spätestens nach 3 Werktagen der Schule eine schriftliche Meldung abzugeben.

6. Nebenabreden

Rechtswirksame Nebenabreden, die das vorliegende Unterrichtsverhältnis betreffen, können durch schriftliche Ergänzungen getroffen werden.

7. Inkrafttreten der Schulordnung

Die Schulordnung tritt am 13.11.2012 in Kraft. Die Schulordnung ist allen Schülern und Lehrern der Schule bekannt zu machen.

**WBS TRAINING SCHULEN gemeinnützige GmbH,
November 2012**